

Friedensethik – politisch auf verlorenem Posten
Zum Spannungsverhältnis von Friedensethik, Friedenspolitik und Friedensforschung
Prof. Dr. Thorsten Bonacker, Zentrum für Konfliktforschung, Philipps-Universität Marburg

Input beim Abendforum „Friedensethik – politisch auf verlorenem Posten?“
27.03.2017, Großer Saal im Haus der EKD

Herzlichen Dank für die Einladung, aber vor allem herzlichen Glückwunsch an die Herausgeber_in, denen ein wirklich beeindruckender Wurf gelungen ist. Aus Sicht der Friedens- und Konfliktforschung muss man konstatieren: Auf ein solches Handbuch haben wir lange, ja sehr lange gewartet. Chapeau (auch angesichts der sicherlich nicht immer entspannten Arbeit).

Das nicht nur ob seines Umfangs, sondern vor allem auch ob seines Gehalts beeindruckende „Handbuch Friedensethik“ steckt voll von friedensethischen, aber auch friedenspolitischen und friedensforscherischen Hinweisen darauf, was unter Frieden zu verstehen ist und wo die Grenzen des Friedens verlaufen. Diese Grenzen stellen sich aus Sicht der Friedensethik, der Friedenspolitik und der Friedensforschung unterschiedlich dar.

Friedensethische Perspektiven betonen – sehr verkürzt gesagt – in der Regel die Unvereinbarkeit von universalistischen und zeit- und kulturbedingten, also partikularen Friedensvorstellungen. Dies wirft nicht zuletzt das auch jüngst wieder verstärkt diskutierte Problem der Übersetzung unterschiedlicher kulturgebundener Friedensvorstellungen auf. Es stellt sich hier mit anderen Worten die Frage, wie eng Friedensnormen mit partikularen gemeinschaftlichen Traditionen verbunden sind und vielleicht auch verbunden sein müssen, um für Mitglieder dieser Gemeinschaften überzeugend zu wirken. Für die **Friedenspolitik** besteht die Grenze des Friedens sicherlich in erster Linie in machtpolitischen Barrieren. Friedenspolitik bewegt sich stets zwischen der Welt des (politisch) Möglichen und Machbaren und der Welt des Wünschbaren. Friedensethische Utopien mögen die Grenze verschieben und davor warnen können, zu viel Kompromisse einzugehen. Aber sie können politische Entscheidungen nicht letztbegründen. Gesinnungsethische Fundierungen von Politik bringen nicht Frieden, sondern schlimmstenfalls Gewalt hervor. Die **Friedensforschung** hat einen Friedensbegriff hervorgebracht, der die Grenze des Friedens gewissermaßen zeitlich aufschlüsselt. Der kürzlich verstorbene Ernst-Otto Czempiel sprach von Frieden als Prozess abnehmender Gewalt, in dem Machtpolitik von der wechselseitigen Gewaltandrohung und Abschreckung über Entspannungspolitik hin zum Aufbau stabiler Kooperations- und Anerkennungsbeziehungen zivilisiert wird. 60 Jahre Europäische Union lassen sich geradezu als Paradebeispiel eines solchen Friedensprozesses verstehen. Allerdings unterstreichen die jüngsten Entwicklungen auch nachdrücklich, dass solche Friedensprozesse keine Automatismen sind, sondern der aktiven friedenspolitischen Einflussnahme bedürfen. Frieden muss – das wusste schon Kant und wir müssen es immer wieder schmerzlich erfahren – gestiftet werden. Er ist nicht gegeben, sondern aufgegeben.

Dass das Verhältnis von Friedensethik, Friedenspolitik und Friedensforschung kompliziert ist, weil sich ethisches Rasonieren, die methodisch kontrollierte Erzeugung von Wissen und kollektiv verbindliches Entscheiden nicht einfach ineinander übersetzen lassen, liegt auf der Hand. In den verbleibenden Minuten möchte ich argumentieren, dass Außenpolitik, wenn sie auf der Suche nach Halt und festem Boden ist, in der Friedensethik wie in der Friedensforschung sehr unterschiedliche und spannungsreiche Antworten finden wird. Sie kreisen um die drei Leitbegriffe Sicherheit, Frieden und Gerechtigkeit. Eine Außenpolitik, die sich der Sicherheit verschreibt, folgt einer Logik der Gefahrenabwehr und der Krisenprävention. Eine Außenpolitik, die sich am

Frieden orientiert, ersetzt jede Form der Gewaltandrohung durch die Förderung von Kooperation und Vertrauen. Und eine Außenpolitik, die sich von Gerechtigkeit leiten lässt, zielt auf die Verringerung institutionalisierter Asymmetrien.

Die Forschung zur Intervention in Konflikte lehrt uns, dass keine der drei Leitorientierungen prinzipiell der anderen vorzuziehen ist, sondern dass ihre Angemessenheit eng mit dem Grad der Konflikteskalation verbunden ist. In hochgradig gewaltsamen Machtkonflikten steht sinnvollerweise der Schutz vor Gewalt im Vordergrund. In spannungsgeladenen Interessenkonflikten scheint es hingegen angemessen, auf Vertrauen und institutionelle Kooperation zu bauen. Wer nachhaltig Konflikteskalationen vermeiden will, tut hingegen gut daran, Ungerechtigkeiten abzubauen und Partizipationschancen (an gesellschaftlichen Gütern und politischer Gestaltung) zu erhöhen.

Doch ganz so einfach und gleichsam sequenziell lassen sich die drei Leitmotive einer Außenpolitik natürlich nicht in Beziehung setzen. Im Gegenteil: Sie sind – wie nicht zuletzt das Studium des Handbuchs Friedensethik lehrt – von zahlreichen Spannungen durchzogen. Das beginnt schon bei dem von der EKD und der Bischofskonferenz zu Beginn des 21. Jahrhunderts ins Spiel gebrachten Begriff des gerechten Friedens. Sicher – ohne Gerechtigkeit kein Frieden. Aber, wie Hans Kelsen richtig hervorhob, für keine andere Frage als für die nach dem Wesen der Gerechtigkeit ist „so viel kostbares Blut“ vergossen worden. Und Klaus Ebeling erinnert in seinem einleitenden Beitrag nicht umsonst an Luhmanns Diktum, Ethik habe in erster Linie „vor Moral zu warnen“. Nicht zuletzt die Diskussion um *peace* vs. *justice* in der Frage nach der Notwendigkeit einer konsequent strafrechtlichen Aufarbeitung schwerer Menschenrechtsverletzungen hat deutlich gemacht, dass Gerechtigkeit durchaus im klaren Widerspruch zu Friedenserfordernissen stehen kann, wie umgekehrt ein Friedensbegriff, der den Bezug auf Gerechtigkeit vermeidet, jeden Wert verliert.

Nicht anders sieht es mit der Sicherheit aus. Schon das Mitte der 1990er Jahre u.a. von Amartya Sen entwickelte Konzept der menschlichen Sicherheit ist nicht frei von Spannungen. So monierte eine zentrale Kritik am Human-Security-Konzept, dass Sicherheit und Gerechtigkeit in ihm gewissermaßen kurzgeschlossen werden würden. Dies führe im Ergebnis zu einer Versicherheitlichung, bei der selbst militärische Mittel zur Verteidigung von – unter Umständen recht weit gefassten – Menschenrechten als angemessen betrachtet werden. Die Friedensforschung hat wiederum in jüngster Zeit zurecht darauf hingewiesen, dass sich eine Sicherheitslogik von einer Friedenslogik kategoriell, aber auch politisch unterscheidet. Sabine Jaberg warnt deshalb in ihrem Handbuch-Beitrag vor den friedensgefährdenden Implikationen des Sicherheitsbegriffs.

Wer nun die drei Leitorientierungen für eine Außenpolitik widerspruchsfrei verbinden möchte, der muss nichts geringeres vollbringen, als Hobbes, Kant und Marx zu versöhnen. Keine eben leichte Aufgabe. Und eine, die, wie ich meine, schon deshalb zum Scheitern verurteilt ist, weil sich eine Außenpolitik, die dazu beitragen will, Konflikte zu schlichten, auf die Erfordernisse einlassen muss, die diese Konflikte jeweils in sich tragen. Und diese können eben eine eher sicherheits-, friedens- oder gerechtigkeitszentrierte Politik nahelegen. Zugleich dann sollte sie zu keiner Zeit eine dieser Orientierungen vergessen.

Viel Hoffnung ist in die verbindende Kraft des Rechts gesetzt worden. Und in der Tat: Das Recht ist ein wesentliches Element der Gerechtigkeit, die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen stellen einen wichtigen Baustein in der Zivilisierung internationaler Politik dar und das Recht schützt den Sicherheit garantieren Staat davor, ein Sicherheitsstaat zu werden. Ohne

Frage: Außenpolitische Konfliktinterventionen sollten das Recht, wo immer es geht, stärken, denn es bildet die Grundlage für die Beachtung und schließlich die Internalisierung von Normen und damit von wechselseitiger Anerkennung. Allerdings ist das Recht immer auch weniger als die Gerechtigkeit. Es kann sich aus der Sicht von Unterdrückten als Herrschaftsinstrument darstellen, das die Einforderung von Gerechtigkeit verhindert. Ein Frieden, der bloß auf Rechtsverhältnissen beruht, und Fragen globaler Gerechtigkeit außer Acht lässt, bleibt, wie wir aktuell sehen, ein brüchiger – auch ein brüchiger sozialer – Frieden.

Friedenspolitik und Friedensforschung finden also – und damit möchte ich schließen – in der Friedensethik keinen sicheren Halt, sondern Leitorientierungen, die in mehrfacher Weise in Widerspruch zueinander geraten können. Friedensethik lässt sich vor diesem Hintergrund als ein Auftrag verstehen, diese Spannungsverhältnisse sowohl in der Forschung als auch in der Politik nicht aus dem Auge zu verlieren. Und zwar, um des Friedens willen. Denn eine Außenpolitik, die sich einseitig auf Sicherheit oder Gerechtigkeit konzentriert, setzt mit ziemlicher Sicherheit den Frieden aufs Spiel.